Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 270 Mark. Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 33. Telegramme: Tageblatt Auerserzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 90.00 Mark, auswärtige Anzeigen 95.00 Mark, Reklame-Petitzeile 270.00 Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1490

Nr. 272 — Donnerstag, den 23. November 1922 — 17. Jahrgang

Die endgültige Ministerliste.

Der Reichspräsident hat Geheimrat Dr. Cuno zum Reichskanzler ernannt. Die Ministerliste ist die folgende:

Reichsminister des Innern: Dr. Oeser, Landeshauptmann der Provinz Sachsen;
Reichsjustizminister: Dr. Heinze, Mitglied des Reichstages;
Reichswirtschaftsminister: Becker-Hessen, Mitglied des Reichstages;
Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns, Mitglied des Reichstages;
Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Dr. Müller-Bonn;
Reichsfinanzminister: Dr. Hermes;
Reichsschatzminister: Dr. Albert, Staatssekretär z. D.;
Reichswehrminister: Dr. Geßler;
Reichsverkehrsminister: Groener;
Reichspostminister: Stingl, Staatssekretär der Abteilung München des Reichspostministeriums.

Das Außenministerium ist zur Stunde noch unbesetzt. Nachdem der Londoner Botschafter Dr. Sthamer abgelehnt hat, sind mit dem Gesandten v. Bergen Verhandlungen aufgenommen worden. Sie sind noch nicht abgeschlossen. Das Berliner Tageblatt glaubt zu wissen, daß der Gesandte in Kopenhagen v. Rosenberg für den Außenposten in Frage kommt.

Die Regierung Cuno ist von den Parteien unabhängig gebildet und bleibt von ihnen unabhängig. Geleitet von der vaterländischen Verantwortungsbereitschaft und der politischen Einsicht in die Notwendigkeit der Schaffung eines aktionsfähigen und aktionsbereiten Kabinetts sind die Parteien Zentrum, Deutsche und bayrische Volkspartei und Demokratische Partei gewillt, dem neuen Kabinett mit Vertrauen entgegenzutreten; dieses Vertrauen auf die Dauer zu erhalten und weiter zu vertiefen, ist die Aufgabe der neuen Regierung. Für die weitere Stellungnahme behalten diese Parteien freie Hand, wobei sie wünschen, daß eine Zusammenarbeit auf Dauer sich aus dem Programm und den Taten des Kabinetts Cuno entwickeln möge. Alle diese Parteien betrachten in einmütiger Anerkenntnis des Grundsatzes, die Herrn Geheimrat Cuno bei der Auswahl seiner Mitarbeiter geleitet haben, die neue Regierung als ein von den Parteien losgelöstes Kabinett. Der Name tut dabei wenig zur Sache, und wenn man, um einen Begriff zu bilden, auf die Bezeichnung „Geschäftsministerium" gekommen ist, so soll auch dieser Name hingenommen werden, wobei man sich freilich vor einer falschen Auslegung hüten muß: der landläufige Begriff des Geschäftsministeriums ist der einer Uebergangsregierung, die bis zur Bildung einer anderen, definitiven, die Geschäfte führt, ohne eigene Initiative und eigene Pläne. Das ist keineswegs der Wille des neuen Reichskanzlers, der sich gegen eine derartige Deutung der Aufgaben seines Kabinetts wohl mit aller Entschiedenheit wenden würde. Wir nehmen also den Namen für den Willen, die wirtschaftlichen Aufgaben unbeeinflußt von politischen Bestrebungen der Parteien als die einzige und Hauptaufgabe zu betrachten.

Auch die sozialdemokratische Beurteilung, die das Kommen des Kabinetts Cuno begleitet, scheint dieser Auffassung zuzustimmen, und die Vorsicht, deren sich diese Beurteilung gerade in den letzten Phasen vor dem Abschluß der Kabinettsbildung wieder befleißigt hat, läßt wenigstens eine bescheidene Hoffnung darauf zu, daß die Sozialdemokratie auf dem Wege zur Einsicht in die tatsächliche Wesensart des Kabinetts Cuno ist. Man möchte wünschen, daß sich diese Erkenntnis bei ihr befestigt, daß auch sie nicht von vornherein in Gegnerschaft zu der neuen Regierung tritt, sondern in selbstverständlicher Wahrung ihrer Ungebundenheit weitere Beschlüsse von der Betätigung des Kabinetts abhängig macht. Mehr wird ihr niemand zumuten wollen, diese Forderung aber erscheint der Sozialdemokratie um so berechtigter, als sich die Mehrzahl der anderen Parteien ihr einsichtig und bereitwillig fügt.

Die parlamentarische Basis, auf die Reichskanzler Cuno und seine Mitarbeiter treten, wenn sie heute nachmittag vor dem Reichstag erscheinen, ist sehr schmal; auch das neue Kabinett stellt sich, sobald es den Kontakt mit dem Parteileben gewinnt, als eine Minderheitsregierung dar, denn es ist klar, daß das Vertrauen, das es suchen muß, zunächst in erster Linie bei den Parteien zu finden ist, zu denen es engeren Kontakt hat. Es ist nicht die Schuld des neuen Reichskanzlers, daß diese Verbindungen nicht weiter ausgesponnen sein können, denn sein Wunsch war es, auch parteipolitisch der Sozialdemokratie nahestehende Persönlichkeiten in sein „Geschäftsministerium" einzubeziehen. Daß ihm das nicht gelungen ist, läßt den Wunsch nach freiwilligem Vertrauen dem neuen Kabinett gegenüber um so berechtigter erscheinen. Es wäre verfehlt, aus der Tatsache, daß von den neuen Ministern eine Anzahl dieser oder jener Partei näher steht, die Möglichkeit einer besonderen Anlehnung an die Partei zu folgern. Auch die Demokratie, der von den neuen Männern mehrere nahestehen ist weit davon entfernt, daraus die Möglichkeit einer besonderen Einflußnahme oder die Notwendigkeit einer besonderen Rücksichtnahme zu schließen. Sie begrüßt das neue Kabinett, weil sie von ihm in der außenpolitisch überaus schwierigen und ernsten Situation und angesichts der innerpolitischen Notlage, die der Winter noch erheblich verschärfen wird, wieder eine Regierung erwartet, die zu aktiver, von wirtschaftlichen Gesichtspunkten geleiteter Politik nach außen und innen bereit ist.

Die erste Sitzung des neuen Kabinetts.

Am 22. November 1922, nachmittags, fand in der Reichskanzlei eine gemeinsame Sitzung des alten und des neuen Reichskabinetts statt, in der Dr. Wirth die Geschäfte dem neuen Reichskanzler Cuno übergab. Im Anschluß an die gemeinsame Sitzung tagte das neue Kabinett.

Abschied von Dr. Wirth.

Der Reichspräsident hat an den Reichskanzler Dr. Wirth bei seinem Ausscheiden aus dem Reichskanzleramt ein Schreiben gerichtet, in dem er das Scheiden Dr. Wirths bedauert und sagt:

Sie haben in schwerer Zeit als Reichsminister der Finanzen und als Reichskanzler dem Vaterland große Dienste geleistet und an der Spitze der Regierung in schwerer Zeit zielbewußt und tatkräftig die innere und äußere Politik des Reiches geleitet. Das deutsche Volk wird Ihnen für das, was Sie ihm in diesen Jahren mühsamen und entsagungsreichen Wiederaufbaues gewesen sind, Dank wissen. Ich gebe der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß Ihre Arbeitsfreudigkeit und politischen Gaben auch weiterhin ein reiches Feld der Betätigung finden mögen.

Scheiden aus dem Amt.

Der Chef der Reichskanzlei, Staatssekretär Dr. Hommer und der Chef der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Oskar Müller, sind zurückgetreten. Zum Chef der Reichskanzlei ist der frühere bayrische Landesminister und Reichstagsabgeordnete Dr. Hamm in Aussicht genommen.

Französische Urteile über die Kabinettsbildung Cunos.

Die in Berlin in Umlauf befindliche Ministerliste des Kabinetts Cuno ist erst in so später Abendstunde in Paris eingetroffen, daß die Pariser Presse im allgemeinen noch keine Stellung dazu nehmen konnte. Im Oeuvre schreibt Robert de Jouvenel, der kürzlich in Deutschland weilte und dort mit einer Anzahl politischer Persönlichkeiten Fühlung genommen hat: Wie groß auch der Kredit sein mag, über den Herr Cuno, der Direktor der Hapag, in amerikanischen Kreisen verfügt und der ihm heute das Kanzleramt eingetragen hat, so bleibt es doch zweifelhaft, ob das Ausland einer Regierung, die unter derartigen unsicheren Verhältnissen zustande kommt einen längeren Kredit gewähren wird; denn es ist vielleicht etwas gewagt, unter so schwierigen Umständen ein Geschäftsministerium zu bilden, wie dies augenblicklich in Deutschland geschieht. Der Berliner Korrespondent des Echo de Paris schreibt über die vorliegende Namensliste des Kabinetts Cuno: Dieses Ministerium kann nur als ein provisorisches angesehen werden. Es hat den Vorzug, die Krise zu lösen, die sich zu verewigen droht. Herr Cuno möchte nach seinen Taten beurteilt werden und hofft, in der Folge sich auch im Kabinett durchsetzen zu können. Der neue Kanzler hat schon Beweise von Energie durch Ueberwindung der Hindernisse, die er bei der Bildung dieses Ministeriums angetroffen hat, abgelegt. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts erlaubt im übrigen die Annahme, daß Herr Cuno nicht daran verzweifelt, eines Tages ein über den Fraktionen stehendes Kabinett zu bilden.

Produktionsrückgang.

Die nachstehenden erschütternden Zahlen, die die Abnahme von 1913 zu 1921 in Prozenten darstellen, zeigen deutlich, daß sich hinter dem Ruf nach Produktionssteigerung mehr verbirgt, als ein aus Unternehmeregoismus geborenes Schlagwort: der ungeheuerliche Rückgang der Produktion zeigt das Nachlassen der Arbeitsintensität, zeigt, daß hinter der nervösen Vielgeschäftigkeit unserer Gegenwart sich ein Mangel an Oekonomie dieser Tätigkeit auftut, zeigt, daß der Nutzeffekt unserer Arbeit ungeheuer gesunken ist.

1. Abnahme der Bevölkerung (von 66,978 auf 62,472) 6,7 v. H.

2. Abnahme der landwirtschaftlich genutzten Fläche bei Weizen 22,61, bei Roggen 22,17, bei Hafer 18,48 v. H. Abnahme der Ernteerträge bei Getreide von 30,704 Millionen Tonnen auf 16,888 55 v. H., bei Kartoffeln von 54,121 Mill. To. auf 26,151 48,3 v. H., Abnahme des Viehauftriebs auf Schlachtmärkten 5,812 Millionen Schweine gegen 1,923 65 v. H., Abnahme des Rindviehbestandes 20,994 Millionen auf 16,839 18 v. H., Abnahme des durchschnittlichen Schlachtgewichts 40 v. H., Abnahme des Jahresmilchertrages der Milchkühe 50 bis 55 v. H.

3. Abnahme der Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet pro Kopf und Schicht von 883 auf 534 Kilo 28 v. H., Abnahme der Roheisenproduktion 16,761 Mill. To. auf 5,75 65,7 v. H., Abnahme der Stahlproduktion 16,942 Mill. To. auf 7,75 54,3 v. H.

4. Abnahme der Ausfuhr nach Menge von 73,718 Mill. To. auf 20,2 72,6 v. H.

5. Abnahme des Wohnungsbaus in 35 deutschen Großstädten 1918 248, 1919 8212, 1920 18 791, 1921 21 273 gegen 1913 59 903 ist 95,1 bis 64,5 v. H.

6. Abnahme der auf Goldmark errechneten Durchschnittsdividende von 25 Banken und Industrieunternehmungen von 1913 mit 6,2 v. H. auf 0,1 v. H. im Jahre 1921.

Es erübrigt sich eigentlich, diesen Zahlen irgendetwas noch hinzuzusetzen. Sie werden im Inland und Ausland den klarsten Beweis dafür führen, daß unter den zu Deutschlands Wirtschaftsgesundung notwendigen innerwirtschaftlichen eigenen deutschen Maßnahmen das Problem der Produktionssteigerung bei allen übrigen Dingen voranzustellen ist. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben in Deutschland die Pflicht, den höchstmöglichen Nutzeffekt aus den vorhandenen produktionstechnischen Voraussetzungen durch ihre gemeinsame Arbeit zu erzielen. Dem ausländischen Kapital obliegt die weltwirtschaftliche Verpflichtung, durch ausreichende Kredithergabe die Möglichkeit zu schaffen, daß diese Ausnutzung der produktionstechnischen Voraussetzungen tatsächlich durchgeführt werden kann. In der für die privatwirtschaftliche Arbeit notwendigen Verbindung der einzelnen Produktionselemente kann Deutschland von allem das Können und die wirtschaftsorganisatorische Fähigkeit seines Unternehmertums, die qualitative Arbeitsleistung seiner Arbeiterschaft stellen, während von allem das Ausland das dritte Element: das Kapital zur Verfügung stellen muß. Kapital und Arbeiterschaft, verbunden durch den deutschen Unternehmergeist, verbürgen allein die Ueberwindung der jetzigen Wirtschaftsnot, die Ueberwindung des ungeheuerlichen Defizits in der Produktivität der deutschen Volkswirtschaft.

Die Verhinderung der Kapitalflucht

Dem Reichstag ist ein im Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministerium ausgearbeiteter Gesetzentwurf über ein Gesetz zur Bekämpfung der Kapitalflucht zugegangen.

Der Entwurf sieht für Zahlungsüberweisungen ins Ausland die Genehmigung des Finanzamtes vor. Hiervon sind nur Zahlungen befreit, die von Personen oder Personenvereinigungen ausgehen, denen die zuständige Handelskammer eine Bescheinigung darüber ausgestellt hat, daß ihr Gewerbebetrieb regelmäßig Geschäfte mit sich bringt, zu deren Abwicklung Zahlungen nach dem Auslande notwendig sind.

Außerdem soll die verschleierte Kapitalflucht durch Warenexport verhütet werden. Einem Ausführenden, der den Gegenwert einer ausgeführten Ware in der Absicht, ihn der deutschen Volkswirtschaft vorzuenthalten, zum Schaden der deutschen Wirtschaft ganz oder teilweise im Ausland beläßt, kann die zuständige Behörde die weitere Ausfuhr mit der Wirkung untersagen, daß er weitere Ausfuhren auch solcher Waren, die einem allgemeinen Ausfuhrverbote nicht unterliegen, nur mit besonderer Genehmigung der zuständigen Stelle vornehmen darf.

Clemenceaus Hetze gegen Deutschland in Amerika.

In seiner in Newyork gehaltenen Rede erklärte Clemenceau, er sei hierher gekommen, um die Freundschaft Amerikas für Frankreich zu erhalten. Ich glaube, sagte er, daß wir ein Recht auf Garantien haben, die eine weitere Invasion verhindern. Wissen Sie, daß die Deutschen Kanonen zu Hunderten bauen? Haben Sie vergessen, was die Preußen nach Paris getan haben? Es ist uns eine gute Grenze garantiert worden, man hat sich dazu verpflichtet, man hat sie uns versprochen. Wir haben sie nicht bekommen. Lloyd George sagte, Amerika habe dasselbe Versprechen gegeben und es ebenso nicht gehalten. Ich habe Lloyd George eines Tages direkt gesagt, ich müßte den Rhein haben, und ich habe ihm eine schriftliche Darlegung meiner Gründe gegeben. Zwei Tage später sagte er mir: Wenn Sie auf den Rhein verzichten wollen, so werde ich Ihnen andere Garantien schaffen. Ich versichere Ihnen, daß ich bei Wilson mein Bestes tun will, um dies auch bei ihm zu erreichen. Wilson sagte sehr verständig, er wolle dem zustimmen, aber die Kongreßgewalt unterliege na-